

Gesundheitspolitik mit Schwarz-Gelb - Nachhaltige Reform oder kleine Schritte ?

Von Jürgen Fremmer

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat mit ihrem Koalitionsvertrag deutlich gemacht, dass sie mit einer Umgestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) Ernst machen will.

Während jetzt die Liberalen auf Einhaltung der Koalitionsvereinbarung und einkommensunabhängige Arbeitnehmerbeiträge dringen, kommt aus den Reihen der CSU ein klares NEIN zur Gesundheitsprämie. Die Bayern reagieren mit heftigen Protesten auf Ankündigungen von Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler, der noch in dieser Legislaturperiode den Einstieg in ein neues Finanzierungssystem erreichen möchte. Langfristig sollen die Krankenkassenbeiträge von den Löhnen entkoppelt werden. Die so genannte paritätische Finanzierung der Gesundheitsausgaben – eigentlich schon lange nicht mehr existent – soll dazu aufgegeben und die Arbeitgeberbeiträge auf dem jetzigen Stand (7 %) „eingefroren“ werden. Der Regierungspartner CDU und Kanzlerin Merkel scheinen noch unentschlossen und verweisen auf die Einsetzung einer Regierungskommission und die Umsetzung des Koalitionsvertrages. Dort aber steht klar und eindeutig: *„Langfristig wird das bestehende Ausgleichssystem überführt in eine Ordnung mit mehr Beitragsautonomie, regionalen Differenzierungsmöglichkeiten und einkommensunabhängigen Arbeitnehmerbeiträgen, die sozial ausgeglichen werden. Weil wir eine weitgehende Entkoppelung der Gesundheitskosten von den Lohnzusatzkosten wollen, bleibt der Arbeitgeberanteil fest“*

Die DHV erwartet vor der Landtagswahl in NRW keine Ergebnisse. Wie alle Fachleute und Gesundheitsexperten fordert jedoch auch die DHV, dass eine erneute Reform des Gesundheitswesens spätestens zum 1. Januar 2011 in Kraft tritt und es dabei zu einer nachhaltigen Reform der Finanzierung der GKV kommt. Vehement fordert die DHV aber auch endlich echte Strukturreformen. Und die GKV braucht endlich mehr Wettbewerb.

Zankapfel Gesundheitspolitik

Die vor allem aus der CSU erhobenen Bedenken gegen eine Gesundheitsprämie werden mittlerweile auch der CSU – Landesgruppe im Deutschen Bundestag zu laut, die darauf verweist, dass der Koalitionsvertrag auch von der CSU unterschrieben wurde und weiterhin gilt. *„Bayerns Gesundheitsminister solle sich mäßigen und konstruktiv an der Gesundheitsdiskussion beteiligen“*. So oder so ähnlich die Stimmen aus der CSU – Landesgruppe die sich über das schlechte Erscheinungsbild der Koalition sorgt. Erhöhte Wachsamkeit ist allerdings geboten. Denn einig ist sich die CSU mit der FDP in der Forderung, dass der Arbeitgeberbeitrag eingefroren werden solle. Für die DHV wäre die Aufgabe der Parität ein großes Übel. Und auch die Forderung der bayerischen Regionalpartei nach

„verstärkten regionalen Komponenten“ muss hinterfragt werden und lässt nichts Gutes ahnen. Die DHV fordert die Bundesregierung – und damit auch die CSU – auf, die öffentliche Rauferei einzustellen und gemeinsam dem dringenden Reformbedarf nachzukommen, der sich aus dem demografischen Wandel und der medizinisch – technologischen Entwicklung ergibt.

Rasche Korrekturen gefordert

Das gewaltige Defizit der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und seine nachhaltige Finanzierung erfordern einen raschen, gemeinsamen Kraftakt und machen zugespitzte Diskussionen überflüssig. Dazu gehört auch, dass eine Pauschale – die es übrigens nach jetziger Gesetzeslage längst gibt – angstfrei diskutiert wird.

Wie andere gesellschaftliche Organisationen fordert auch die DHV das bewährte, beitragsfinanzierte System nicht leichtfertig auf Kopfpauschalen umzustellen. Allerdings: Die mit dem Gesundheitsfonds durch die große Koalition eingeführten Zusatzbeiträge zeigen mittlerweile eine verheerende Wirkung. Dringender Handlungsbedarf ist gegeben. Nicht akzeptabel ist dabei, dass die Gesundheitsausgaben nur noch zu 95% durch prozentuale Beiträge finanziert werden und keinerlei Sozialausgleich stattfindet. Auch die mittlerweile sehr ideologisch geprägte Diskussion, dass ein Sozialausgleich nicht finanzierbar sei, ist einer seriösen Reformdiskussion weder nützlich noch angemessen. Es drängt die Frage, ob der Sozialausgleich überhaupt in den Sozialsystemen stattfinden muss oder ob er nicht doch besser steuerfinanziert erfolge müsse. Niemand bestreitet heute, dass die Finanzierung der Deutschen Einheit über die Sozialkassen ein Riesenfehler war. Man sollte Fehler nicht wiederholen und historische Tatbestände auch in einer aufgeregten Diskussion berücksichtigen.

Das Gesundheitswesen und die Gesundheitsversorgung in Deutschland werden teurer. Die Gründe dafür sind bekannt. Sie brauchen an dieser Stelle nicht noch einmal wiederholt und beschrieben werden. Noch steht die Koalitionsvereinbarung zur Gesundheitsreform für programmatischen Nebel. Die schwarz-gelbe Koalition war bisher nicht in der Lage unserem Gesundheitswesen die notwendige Orientierung für das kommende Jahrzehnt zu geben. Noch ist unklar, in welche Richtung sich die deutsche Gesundheitspolitik entwickelt. Doch eines ist sicher: Die DHV – Die Berufsgewerkschaft wird auch weiterhin heftigen Widerstand leisten, sofern durch unvernünftige Politikentscheidungen eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung in Frage gestellt werden soll.